

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderung-elf-zahlen-die-zeigen-was-fluechtlinge-bringen-1.2623549>

Gehört die Süddeutsche Zeitung nun auch zur „Lügenpresse“? Rechtfertigen gute Absichten unlautere journalistische Mittel? Und Ehrenrettung nach 14 Tagen!

Am 27.8.2015 brachte die Süddeutsche Zeitung auf der ersten Seite des Wirtschaftsteils (S. 13) und in ihrer Onlineausgabe einen Artikel unter dem Titel:

„Was Flüchtlinge bringen

Nehmen sie tatsächlich Arbeitsplätze weg? Bekommen sie Unmengen an Geld vom Staat? Und überhaupt: Schaden sie der deutschen Wirtschaft? Ein Blick auf die Fakten. Elf Zahlen, elf Antworten“ Von Pia Ratzesberger¹

In der Onlineausgabe wird auch ausdrücklich als Zweck des Artikels genannt zu begründen:

„Wieso Deutschland die Flüchtlinge braucht“

Dieser Artikel gehört m.E. zu der Kategorie, die der Presse das Schimpfwort und Unwort des Jahres eingebracht haben, obwohl er wahrscheinlich nicht „lügt“² und die Journalisten die „gute Absicht“ verfolgte, Asylbewerber auch nur ökonomisch oder fiskalisch denkenden Menschen nahe zu bringen.

Der Artikel ist so tendenziös, weil er Dinge zusammenrührt, die nicht zusammen gehören. Und zusätzlich werden Zahlen ausgewählt, die so unvollständig sind, dass sie eigentlich nichts aussagen, ihnen durch den Zusammenhang, in die sie gestellt werden, aber eine scheinbare Bedeutung zugelegt werden.

Nicht zusammen gehören die Zuwanderung auf Grund von Asylgründen einerseits, die Wanderungen auf Grund des Arbeitsmarktes sowie der vielbeschworene Demographische Wandel andererseits.

Asyl ist ein (Grund-) Recht, das unabhängig vom Arbeitsmarkt gilt. Bei der Gewährung von Asyl spielen Nützlichkeitsüberlegungen für den Arbeitsmarkt keine Rolle. Auch nicht Prognosen über den Demographischen Wandel in zehn Jahren, wenn ein Großteil der jetzt Asyl Suchenden längst wieder heimgekehrt ist. Asylrecht – wenn man denn überhaupt Nützlichkeitsüberlegungen anstellen will – kann man wie eine internationale Versicherung gegen die politischen Gefahren des Lebens betrachten. Mal müssen Deutsche vor den Nazis oder vor Vertreibung fliehen, mal Polen, Griechen, Spanier, Chilenen oder wer auch immer vor Militär- oder parteilichen Diktaturen, mal Vietnamesen, Afghanen, Leute vom Balkan, Syrer vor Krieg etc. Jeden kann das Schicksal ereilen, gegen das es keine kommerzielle Versicherung gibt. Jeder Staat muss durch Aufnahme von Flüchtlingen in die Versicherung einzahlen. Jeder Mensch kann glücklich sein, wenn er zu seinen Lebzeiten nicht in die Lage kommt, Leistungen aus dieser „Kasse der internationalen Solidarität“ beanspruchen zu müssen

¹ Siehe Link / Sprungverbindung <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderung-elf-zahlen-die-zeigen-was-fluechtlinge-bringen-1.2623549> Ich darf den Artikel hier nicht dauerhaft hier abdrucken. Die elf Zahlen sind Text gekürzt: 1.491.289.000 Euro haben die Bundesländer im Jahr 2013 insgesamt für die Leistungen an Asylbewerber ausgegeben.

Um 6.500.000 Menschen würde sich das Arbeitskräfteangebot in den nächsten zehn Jahren verringern, wenn es keine Zuwanderung gäbe. 40,2 Prozent aller Asylbewerber klagen gegen die Entscheidung über ihr Asylgesuch. 1 Woche lang hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im August auf Facebook Anzeigen geschaltet. 140 Euro Taschengeld erhält ein erwachsener Asylbewerber im Monat. 202.843 Menschen haben in Deutschland im vergangenen Jahr Asyl beantragt. 5,3 Monate dauert es derzeit im Durchschnitt, bis deutsche Behörden über ein Asylgesuch entschieden haben. 0,9 Prozent aller Asylbewerber arbeiten in Vollzeit. 37.101 Ausbildungsstellen waren in Deutschland zuletzt unbesetzt. 86,7 Prozent aller Syrer, die bisher in diesem Jahr nach Deutschland geflohen sind, haben Schutz erhalten. Um 22.000.000.000 Euro haben die in Deutschland lebenden Ausländer die Sozialkassen innerhalb eines Jahres entlastet. ... Jeder Ausländer - also alle Menschen ohne deutschen Pass - zahlte demnach 3300 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben als er an Leistungen vom Staat erhielt.

² Da für die meisten Zahlen keine Belege / Fundstellen angegeben wurden, lassen sie sich auch nicht nachprüfen. Das würde auch nichts bringen, weil ein Leser einer Zeitung nur in den seltensten Fällen die Möglichkeit hat, Tatsachenangaben nachzugehen. LeserInnen müssen sich darauf verlassen können, dass die gemachten Angaben zutreffen also auch Zahlen. LeserInnen haben höchstens die Möglichkeit eines Plausibilitätschecks.

– wie es ja bei den meisten Versicherungen gilt: Glücklich ist, wer sie nicht in Anspruch nehmen muss.

Das andere sind die Fragen des Demographischen Wandels, des Arbeitsmarktes, des Elends und der Diskriminierung unterhalb der Schwelle, die einen Asylgrund darstellt in Europa und der Welt.

Die ausgewählten Zahlen werfen alles in einen Topf – und sind auch als solche nicht aussagekräftig.

Z.B. was Asylbewerber kosten: Auch wenn man für deren Aufnahme ist, so sollten ehrliche Zahlen genannt werden. Wieso werden nur die Beträge aufgeführt, die die Länder für Asylbewerber 2013 ausgegeben haben, als die Zahl der Asylbewerber noch viel kleiner war? Warum wird die Zahl der damaligen Asylbewerber nicht dazu genannt? Es fehlen auch Angaben über die Kosten des Bundes und der Kommunen. Es fehlen die Kosten, die aus anderen Haushaltsstellen bezahlt werden, z.B. für die Betreuung und Bildung von Kindern in Kitas und Schulen. Z.B. die Gerichtskosten für die vielen Prozesse, die angestrengt werden, und die die klagenden Asylbewerber praktisch nie selber bezahlen können. Z.B. die Krankheitskosten usw. Frau Ratzesberger hätte sich ja die Mühe machen können und einen Durchschnittswert für die Kosten pro Asylbewerbermonat von 2013 errechnen und auf 2015 auf alle erwarteten Asylbewerber hochrechnen können. Sie scheint aber an einem wirklichen Faktencheck, welche Kosten die Asylbewerber verursachen, gar nicht interessiert zu sein.

Die scheinbare Gegenrechnung, was Ausländer allgemein den öffentlichen Kassen bringen, hat ja nichts mit den Asylbewerbern zu tun. Ausländer sind auch die Abkömmlinge in 2. oder 3. Generation von Einwanderern aus der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die hier voll integriert leben und arbeiten und aus welchem Grund auch immer einen ausländischen Pass behalten haben. Asylbewerber oder anerkannte Flüchtlinge sind hier nur minimal erwerbstätig und können ganz überwiegend nicht aus eigenem Einkommen leben. Der genannte Überschuss von Ausländern in den öffentlichen Kassen hat also mit dem Problem der Kosten der Asylbewerber nichts zu tun. Asylbewerber, insbesondere die Vielzahl, die hier keine Bleibeperspektive haben und höchstens zeitweise einen illegalen Job ergattern, machen aus Sicht der öffentlichen Finanzen nur Kosten und bringen keinen Überschuss. Es gehört zur ehrlichen Diskussion hinzu, das zu benennen und nicht mit nicht zusammen gehörenden Zahlen zu verschleiern. Diese Kosten zu tragen ist eben unsere Einzahlung in die Solidarkasse oder internationale Versicherung. Da sollte man nicht drum herum reden.

Was die ausgewählten Zahlen zum Demographischen Wandel und den Arbeitsmarkt betrifft: „Wir brauchen Einwanderung“ – eine ewige Litanei³. Dabei wird kunterbunt Gegenwart und prognostizierte Zukunft durcheinander gemischt – und auch noch unsichere Prognosen wie Tatsachen dargestellt.

Die Komplexität des Arbeitsmarktes, von Angebot und Nachfrage, des nächsten Jahrzehnts in Zusammenhang mit den gegenwärtigen Flüchtlingszahlen zu bringen, und von elf Antworten zu sprechen, ist ein Unding.

Z.B. wenn die Wirtschaft so wenig investiert wie z.Z. dann wird es in zehn Jahren viele Arbeitsplätze nicht mehr geben, weil sie der Konkurrenz zum Opfer gefallen sind. Wenn sie viel in Rationalisierung investiert, werden viele Arbeitsplätze deswegen eingespart.

Z.B. bleiben das Erwerbsverhalten und die (Lebens-) Arbeitszeiten gleich? Nehmen die Arbeitseinkommen pro Stunde ab, so werden weniger Menschen mehr Arbeit anbieten. Steigen die Einkommen, so werden vielleicht die Menschen weniger arbeiten wollen.

Z.B. bleibt die Massenarbeitslosigkeit in Europa aber bleiben die Arbeitsplätze in Deutschland erhalten, werden mehr Europäer nach Deutschland wandern?

³ Einige werden sich noch erinnern, wie aus den gefeierten Gastarbeitern der 60er Jahre, die „wir“ unbedingt brauchten, diejenigen wurden, die in den 1980er Jahre mit Rückkehrprämien hinauskomplimentiert wurden.

Z.B. gibt es in zehn Jahren vielleicht europäische Sozialkassen und einen sozialen Ausgleich über Ländergrenzen hinweg, so dass sich die Frage des sozialen Ausgleichs zwischen den Generationen gar nicht mehr national stellt?

Nur wenn Investitionsverhalten und Wachstum gerade sich so ergänzen, dass die Nachfrage nach Arbeit auf gleichem Niveau wie heute sich bewegt und das Erwerbsverhalten sich nicht ändert, spielt der Demographische Faktor eine Rolle. Und weitere Tausende Wenn's und Aber's.

Dass ein paar zigtausend Lehrstellen 2015 nicht besetzt wurden, hat doch nichts mit den Asylbewerbern zu tun. In Europa gibt es so viele Arbeitslose und besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit. Beim Willen der Lehrherren, ihre Lehrstellen zu besetzen, fänden sie mit einiger Anstrengung in Deutschland oder dem europäischen Ausland bestimmt genügend Bewerber, wenn sie entsprechende Mobilitätshilfen gäben. Auch aus den Reihen der Asylbewerber wird sich ja nur im zufälligen Einzelfall mal eine Person finden, die sich gerade vor Ort aufhält und die für den spezifischen Ausbildungsplatz gerade geeignet ist (Alter, Vor- und Deutschkenntnisse etc.). Schon ein bisschen andere Bildungspolitik in den Ländern würde den Lehrstellenmarkt ganz anders aussehen lassen. Die beiden Bereiche Asylbewerber und Lehrstellenmarkt haben sachlogisch eigentlich gar nichts miteinander zu tun – und insbesondere nichts mit der scheinbar so exakten Zahl von 37.101 Ausbildungsstellen.

Nein, Frau Ratzesberger und die SZ schädigen mit solch einem Artikel und den scheinbar exakten Zahlen aber ihrer völlig tendenziösen Zusammenstellung das Ansehen und den Ruf von Statistik und der scheinbar seriösen Presse. Und sie schaden ihrer mutmaßlich „guten Absicht“, die Aufnahme von Asylbewerber gegen Neid-Argumente zu verteidigen.

Ehrenrettung:

Am 11. September 2015⁴ veröffentlichte die SZ auf Seite 6 praktisch eine lange Richtigstellung. Sie nannte verschiedene Felder der öffentlichen Anstrengungen in Beziehung zu den Flüchtlingen. Dabei kamen auch die Fachredakteure der unterschiedlichen Sparten zu Wort. Sie rechnete dies Mal auf die Kosten eines einzelnen Asylbewerbers herunter und dann wieder hoch, was das in Summe der zu erwartenden Flüchtlingszahlen für die öffentlichen Hände kosten werde. Es wurde klar, dass es alles teurer und mühsamer wird und länger dauert, als angenommen, bis wir diese Aufgabe bewältigt haben.

Die Süddeutsche Zeitung hat mit dieser Seite in meinen Augen ihre Ehre als Presseorgan gerettet, dass sie auch für eine in ihren Augen wohl guten Sache die Tatbestände nicht rosa einfärbt oder sonst wie dauerhaft tendenziös berichtet.

⁴ Wegen Urlaub und anderer Terminalsachen komme ich erst jetzt dazu, meine Richtigstellung hier anzufügen. Den Link zu der Seite habe ich nicht mehr.